



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender

Integration ist Fördern und Fordern und nur erfolgreich, wenn alle Seiten dazu bereit sind.

Potsdam ist eine weltoffene, tolerante und hilfsbereite Stadt. Menschen, die vor Krieg, Gewalt und Vertreibung zu uns flüchten, erhalten deshalb unsere Unterstützung. Flüchtlinge,

die eine gute Bleibperspektive haben, sollen möglichst frühzeitig und zügig in unsere Stadt integriert werden.

Wesentliche Grundlage für erfolgreiche Integration ist Verständnis füreinander aber vor allem das Kennenlernen und Respektieren unserer über viele Jahrhunderte entstandenen Werteordnung. Das sind insbesondere die Grundsätze unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung, die Gleichberechtigung von Frau und Mann und Religions- und Meinungsfreiheit. Dazu gehört auch der Islam nach dem bei uns entwickelten allgemeinen Religionsverständnis. Gelingene Integration ist kein Multi-Kulti im Sinne von Parallelgesellschaften – Integration ist gelungen, wenn aus den Alt- und Neupotsdamern eine gemeinsame Verantwortungsgemeinschaft für unsere Stadt und unser Land entsteht und alle die gleiche Sprache sprechen.

Erfolgreiche Integration bedeutet daher „Fordern und Fördern“. Wir wollen alle notwendigen Angebote un-

terbreiten, erwarten jedoch auch eine hohe Integrationsbereitschaft. Konkret bedeutet dies die kulturelle Integration im Sinne von Sprach- und Wertevermittlung sowie Bildung, die wirtschaftliche Integration in den Arbeitsmarkt sowie die soziale Integration durch Teilhabe am gesellschaftlichen Leben in unserer Stadt. In diesem Zusammenhang ist von allen mit der Integration befassten Personen und Stellen auch zu prüfen, ob Leistungseinschränkungen angebracht sind, wenn Integrationsmaßnahmen ohne wichtigen Grund abgelehnt oder abgebrochen werden. Unbestritten ist, dass mit den vielen Flüchtlingen und Asylbewerbern auch die Gefahr für unsere Sicherheit gestiegen ist. Daher gilt es auf der kommunalen Ebene wachsam zu sein. Wer großzügig mit den Regeln umgeht, gefährdet unsere Sicherheit, wie aktuelle Fälle uns leider vor Augen führen.

Die Bereitschaft sich zu integrieren und die Bereitschaft zu integrieren ist die Voraussetzung für ein gutes Miteinander. Das hohe und vorbildliche ehrenamtliche Engagement vieler unserer Mitbürger kann dabei nicht hoch genug bewertet werden.

Auf den Flüchtlingsrouten kommen auch Menschen zu uns, die nicht vor Verfolgung fliehen und daher keine Perspektive auf Anerkennung haben. Sie erhalten bei uns kein Aufenthaltsrecht. Entsprechend steht ihnen der Weg zu den Maßnahmen der Integration in den Arbeitsmarkt grundsätzlich auch nicht offen.

Darüber müssen die Betroffenen schnell Klarheit haben und Ausreisemöglichkeiten zur Rückkehr in ihre Herkunftsländer aufgezeigt bekommen. Für sie soll der Aufenthalt in Deutschland jedoch nicht ungenutzt verstreichen. Auch sie müssen frühzeitig über ihre Rechte und Pflichten sowie die Gepflogenheiten in unserem Land aufgeklärt werden, um Konflikte während des Aufenthaltes zu vermeiden. Darüber hinaus sollen sie außerhalb des Arbeitsmarktes Betätigungsmöglichkeiten erhalten, die ihnen im Heimatland nützlich sein können. Wer seine Ausreisepflicht jedoch nicht freiwillig erfüllt, muss zurückgeführt werden und erhält bei selbst zu vertretendem Ausreisehindernis nur reduzierte staatliche Leistungen. Großzügigkeit ist dabei nicht der richtige Weg.

Ein wesentlicher Leitgedanke unserer Integrationspolitik ist die Gerechtigkeit sowohl gegenüber den anerkannten Flüchtlingen, als auch gegenüber der einheimischen Bevölkerung. Deshalb müssen die Teile der einheimischen Bevölkerung, die einen gleichartigen Förderbedarf haben wie Flüchtlinge, etwa beim sozialen Wohnungsbau, der Kinderbetreuung oder bei der Ausbildungsförderung und Arbeitsmarktintegration, auch die gleichen Fördermaßnahmen erhalten. Integration ist eine nicht einfache und langwierige Aufgabe für die gesamte Stadtgesellschaft. Sie wird gelingen, wenn jede Seite konstruktiv ihren Teil dazu beiträgt.



**Die CDU/ANW-Fraktion wünscht Ihnen und Ihrer Familie
frohe Festtage, Zeit zur Entspannung, Besinnung auf die
wirklich wichtigen Dinge und viel Glück und Erfolg
für das kommende Jahr.**

Kommunalaufsicht stärkt Position der CDU/ANW- Fraktion zu Privatschulen

In der Genehmigung des KIS-Wirtschaftsplanes 2016 weist die Kommunalaufsicht ausdrücklich darauf hin, dass die Landeshauptstadt Potsdam private Schulträger in die Schulentwicklungsplanung einbeziehen soll. Wenn in einem rein fachspezifischen Schreiben auf einen Punkt – und zwar nur auf diesen Punkt – konkret hingewiesen wird, ist das ein sehr diplomatischer Hinweis auf einen Missstand, der von der Verwaltung abzustellen ist. Die CDU/ANW-Fraktion fordert seit Jahren die Einbeziehung von Privatschulen in die Schulentwicklungsplanung, weil dadurch die Bildungsvielfalt erhöht und der Haushalt deutlich entlastet werden kann. Die Verwaltung hat dies bisher immer ignoriert. Geld in Höhe eines mehrstelligen Millionenbetrages, das wir dringend z.B. für die Sanierung unserer Sportanlagen brauchen, wird fahrlässig verschwendet. Wir werden uns sehr genau aufzeigen lassen, wie die Verwaltung mit diesem deutlichen Hinweis umgeht.

Potsdam ehrt Konrad Adenauer zu seinem 50. Todestag

Babelsberg erhält einen Konrad-Adenauer-Platz

Die Stadtverordnetenversammlung hat beschlossen, den in Babelsberg gelegenen Straßenabschnitt der „Rosa-Luxemburg-Straße“ zwischen „Robert-Koch-Straße“ und „Domstraße“ zum fünfzigsten Todestag Konrad Adenauers am 19. April 2017 in „Konrad-Adenauer-Platz“ umzubenennen.

Nachdem der Name Konrad Adenauer bereits am 01.11.2006 in den Namenspool für Straßennamen aufgenommen wurde, freue ich mich, dass wir zu seinem 50. Todestag den Politiker ehren, ohne dessen Wirken Europa und die Bundesrepublik Deutschland in der heutigen Form nicht denkbar wären.

Konrad Hermann Joseph Adenauer (geboren am 5. Januar 1876 in Köln; gestorben am 19. April 1967 in Rhöndorf) war von 1949 bis 1963 erster Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland und von 1951 bis 1955 zugleich auch erster Bundesminister des Auswärtigen. Bereits im Kaiserreich und in der Weimarer Republik war er politisch aktiv.

Er war u. a. Oberbürgermeister von Köln und Präsident des preußischen Staatsrates. Am 19.02.1933 war er als Oberbürgermeister der Stadt Köln nicht bereit, den für eine Wahlkampfreden angereisten Reichskanzler Adolf Hitler zu empfangen und lies die Hakenkreuzfahnen von der Deutzer Brücke entfernen. Dabei handelte er nach seinem Lebensmotto „Wir haben die Wahl zwischen Sklaverei und Freiheit – wir wählen die Freiheit!“ Daraufhin wurde er



Konrad Adenauer lebte in den 30er Jahren in Potsdam

seiner Ämter enthoben, musste seine Heimatstadt verlassen und wurde zeitweise inhaftiert. In einem Dienststrafverfahren in Berlin setzte er gegen das Nazi-Regime seine Pensionsansprüche durch und erfocht damit einen Sieg der Rechtsstaatlichkeit gegen die nationalsozialistische Diktatur. Er lebte vom 1. Mai 1934 bis 25. April 1935 in Potsdam in

der Rosa-Luxemburg-Straße 40. Hier wurde er am Abend des 30. Juni 1934 im Zusammenhang mit dem Röhm-Putsch von der Gestapo festgenommen. Er wurde im Polizeipräsidium von Potsdam verhört und nach zwei Tagen ohne weitere Erklärungen wieder freigelassen. Nach dem zweiten Weltkrieg prägte er zunächst als Präsident des Parlamentarischen Rates sowie als erster Bundeskanzler und Außenminister der Bundesrepublik Deutschland über viele Jahre die Politik unseres Landes. Adenauer unterstützte die Soziale Marktwirtschaft.

Er setzte sich für ein „Vereinigtes Europa“ ein, da aus seiner Sicht nur dieses einen langfristigen Frieden garantieren konnte. Seine Verdienste um unser Land sind allgemein bekannt und unbestritten. Seine politische Arbeit in einer schwierigen Zeit hat die wesentliche Grundlage dafür gelegt, dass die Bundesrepublik Deutschland heute in der ganzen Welt anerkannt ist und wir in Europa über einen so langen Zeitraum in Frieden und Freiheit leben. Willy Brandt hat einmal im Rückblick über Konrad Adenauer gesagt: „Der Alte habe alte Werte gehabt, die sich jedoch als brandaktuell erwiesen hätten.“ In diesem Sinne ist Konrad Adenauer auch heute noch eine Leitfigur. Gemessen an seinen Verdiensten ist sein fünfzigster Todestag ein guter Anlass, ihn in Potsdam mit der Benennung eines Platzes mit seinem Namen zu würdigen.

Matthias Finken

Fahrpreiserhöhung für den ÖPNV in Potsdam



Günther Anger

Wie immer im Leben ist es nicht schön, wenn etwas teurer wird, aber wir denken mal nach... Es ist unbestritten, dass Potsdam einen guten ÖPNV hat, aber sicherlich ist dieser noch an einigen Stellen zu verbessern. Betrachten wir die Fakten: Die Verlängerung der Straßenbahntrasse zum Jungfernsee kostet 9 Millionen Euro

Die Verlegung und Instandsetzung der Gleise in der Heinrich-Mann-Allee ist notwendig und muss ebenfalls finanziell berücksichtigt werden. Auch die Grundinstandsetzung der Tatra-Bahnen schlägt mit 800.000 Euro pro Zug zu Buche, das sind insgesamt 9,6 Millionen Euro.

Inzwischen ist allen klar, dass die Einwohnerzahl in Potsdam schneller steigt, als die Prognose es vorhergesehen hat. Wir haben im Oktober 2016 den 170.000sten Einwohner in Potsdam begrüßt! Dazu kommt, dass sich das Land fast vollständig bei der Finanzierung des ÖPNV zurückgezogen hat.

Natürlich kann man sagen, dass Finanzmittel von fünf Millionen Euro, die es nur für Straßenbahnen gibt, doch schon was sind! Bei genauerer Betrachtung sieht man aber, dass sich Brandenburg/Havel,

Frankfurt/Oder, Cottbus und Potsdam diese fünf Millionen teilen müssen. Da ein Straßenbahnzug ca. drei Millionen Euro kostet bekommen - anders ausgedrückt - diese Städte Unterstützung für eine halbe Straßenbahn. Hinzu kommt die Beschaffung von acht Verlängerungen von zehn Metern für acht Combino Bahnen. Das ist notwendig, da die Fahrgastzahlen immer schneller steigen. Das müssen wir jedoch selbst finanzieren. Ich will den Leser nicht weiter mit Zahlen aus der Tagespresse strapazieren. Die oben genannten Fakten sind jedoch gute Gründe für eine Fahrpreiserhöhung, die über der Erhöhung vom Verkehrsverbund liegt. Sicherlich sind die größten Steigerungen im Bereich der Einzelfahrscheine, Kurzstrecken und Tageskarten zu sehen. Spielt man hier mit dem Gedanken die steigenden Touristenzahlen zu nutzen und diese an den Kosten des ÖPNV zu beteiligen? Vergleicht man aber die Teuerung im Bereich VBB Umweltkarte, speziell Monats- oder Jahresabo oder etwa die Azubi Karten, liegen wir fast wieder bei der Teuerung des VBB. So wird zum Beispiel, eine Monatskarte Potsdam ABC von 59,80 Euro auf 60,20 Euro erhöht. Das entspricht bei 20 Arbeitstagen einer Erhöhung von 2 Cent pro Tag. Es ist unstrittig und hinlänglich bekannt, dass die Straßen in Potsdam nicht breiter werden können und die Umweltwerte (CO₂ Emission) dringend verbessert werden müssen. Auf das Fahrrad umzusteigen ist für viele keine Lösung. Damit ist klar, dass nur der ÖPNV

die Lösung sein kann und weiter ausgebaut werden muss und dies schnell und unkompliziert zum Wohle aller Potsdamer Bürgerinnen und Bürger!

Bundesweit betrachtet liegen die Fahrpreise in Potsdam im unteren Drittel - die Leistungen aber im oberen Drittel.

Die CDU/ANW setzt sich für neue Schulen, die dringend gebraucht werden, ein. Sie unterstützt den Breitensport in unserer wachsenden und jungen Stadt und setzt sich für die Verbesserung des Betreuungsschlüssels in KITAS ein. Nicht zuletzt wollen wir ein attraktives und lebenswertes Umfeld für junge Familien und Kinder in unserer Stadt. Dazu gehört selbstverständlich auch ein guter und lückenloser ÖPNV.

Volksinitiative Bürgernähe erhalten- Kreisreform stoppen

Wir unterstützen die Volksinitiative gegen die geplante Kreisgebietsreform.

Eine derart einschneidende Maßnahme muss von den Bürgern mitgetragen und darf nicht von oben angeordnet werden.

Bremen hat es besser

Manchmal kann man ja auch von anderen lernen. Dies gilt z.B. wenn es darum geht, zu prüfen, ob eine Stadt im Hinblick auf ihre kommunalwirtschaftlichen Unternehmungen und die Erfüllung von Aufgaben der Daseinsvorsorge und darüber hinaus optimal aufgestellt ist. In Potsdam gibt es hierfür den „Stadtwerke-Konzern“, welcher alle Leistungen rund um die Energieversorgung, den Nahverkehr, die Stadtentsorgung und weitere ergänzende Leistungen erbringt. Der „ProPotsdam-Konzern“ ist das größte Wohnungsunternehmen der Landeshauptstadt und führender Dienstleister in den Bereichen Stadtsanierung, Stadtentwicklung, Wohnungsbau und Wohnfürsorge. Schließlich kümmert sich das städtische Klinikum mit seinen weiteren Gesellschaften und Beteiligungen um die moderne, integrierte medizinische Versorgung der Menschen in der Landeshauptstadt und darüber hinaus. Wie steht es nun um die Unternehmen der Stadt, deren Aufgabe die Wirtschaftsförderung, die Vermarktung, das heißt das Stadt- und Tourismusmarketing und das Standortmanagement ist? Da sieht es derzeit ganz anders aus.

Potsdam realisiert sein Engagement in den Bereichen Vermarktung, Wirtschaftsförderung und Standortmanagement gegenwärtig über drei Gesellschaften und zwei Fachbereiche in der Verwaltung: Die „Potsdam Marketing und Service GmbH“ (PMSG) ist eine Tochtergesellschaft des „ProPotsdam-Konzerns“. Sie führt das Stadtmarketing und das Tourismusmarketing in sich zusammen. Die „Potsdamer Technologie- und Gewerbezentren GmbH“ mit ihren Betriebsstätten und (Unter-) Beteiligungen ist über das Beteiligungsmanagement der Landeshauptstadt Potsdam unmittelbar dem Bereich des Oberbürgermeisters zugeordnet und dient der Entwicklung und Vermarktung bzw. dem Management des Wirtschaftsstandortes Potsdam an unterschiedlichen Orten in der Stadt. Daneben soll jetzt in Golm unter Beteiligung der Landeshauptstadt Potsdam und der Universität Potsdam eine neue Standortmanagement- und Vermarktungsgesellschaft entstehen, in welcher die vor Ort bereits vorhandenen Strukturen aufgehen sollen. Ergänzt werden diese Aufgabenbereiche durch die Fachbereiche „Marketing“ und „Wirtschaftsförderung“, die unmittelbar dem Verwaltungsbereich unterhalb des Oberbürgermeisters angesiedelt sind. Alle diese Gesellschaften und Verwaltungsbereiche dienen dem Wirtschaftsförder- und Vermarktungsinteresse der Landeshauptstadt Potsdam. Es besteht allerdings die Gefahr, dass aufgrund der Zersplitterung der Beteiligungsverhältnisse an diesen Gesellschaften und der daneben bestehenden Verwaltungsbereiche parallele statt integrative Informations- und Kommunikationsstrukturen entstehen bzw. diametrale Geschäftspolitiken verfolgt werden. So fragt es sich, warum z.B. die PMSG eine Tochtergesellschaft der „ProPotsdam“ sein muss, wo doch das Stadt- und Tourismusmarketing nun wirklich nicht zu den Kernaufgaben der städtischen Wohnungsgesellschaft gehören dürfte.

Aus diesem Grund haben die Fraktionen von Bündnis90/Die Grünen und CDU/ANW einen gemeinsamen Antrag eingebracht, wonach der Oberbürger-

meister beauftragt wird, die institutionell-organisatorischen Strukturen städtischer Gesellschaften oder Beteiligungsgesellschaften, die der wirtschaftlichen Förderung und/oder der wirtschaftlichen Entwicklung Potsdams im Bereich des Standort-Managements, der Unternehmensansiedelungen und Gründungen dienen, zu überprüfen. Ziel der Überprüfung sollte es sein, eine Organisationsform zu finden, die der Vermarktung der Stadt im Allgemeinen und dem Standortmarketing im Besonderen dient. Die Organisation sollte sowohl für die Stadt als auch für die Unternehmen klar und einfach gestaltet sein und der Stadt zugleich ermöglichen, gemeinsam mit ihren Partnern klare Entwicklungskonzepte zu verfolgen. Ein äußerst sinnvoller Antrag sollte man meinen, zeugt er doch von unternehmerischem Verständnis unter Berücksichtigung eines wirtschaftlich optimalen Einsatzes finanzieller Ressourcen. Doch weit gefehlt. Der Oberbürgermeister stellt sich mit einer überraschenden Vehemenz gegen diesen Prüfauftrag. Fehlt ihm hier etwa das erforderliche wirtschaftliche und unternehmerische Verständnis?

Dann lohnt doch einmal ein Blick über Potsdam hinaus. Wie machen es denn andere Städte z.B. die Hansestadt Bremen? Dort hat am 1. Juni 2009 die „WFB Wirtschaftsförderung Bremen GmbH“ ihre Tätigkeit aufgenommen und die bisherigen bremischen Gesellschaften „Bremer Investitions-Gesellschaft mbH“ (BIG), die „HVG Hanseatische Veranstaltungs-GmbH“, die „Bremen Marketing GmbH“ und die „MGH Messe- und Ausstellungsgesellschaft Hansa GmbH“ unter einem Dach zusammengeführt. Dadurch hat Bremen eine kundenorientierte Neuaufstellung der Wirtschaftsförderung, bessere Steuerungsmöglichkeiten für die Stadtstaatspolitik und Kosteneinsparungen durch Synergieeffekte erreicht. Die WFB ist also der Dienstleister für die bremische Wirtschaft – alle diesbezüglichen Leistungen erfolgen aus einer Hand. Nach dem Selbstverständnis der WFB macht diese die Lebensqualität und wirtschaftliche Attraktivität Bremens in Unternehmens- und Wirtschaftskreisen national und international sichtbar. Das Team der WFB kümmert sich engagiert um alle Fragen rund um unternehmerische Entwicklungen. Die Beratung zu Gewerbeansiedelungen, Immobiliensuche oder Innovationsprojekten ist kompetent, unkompliziert und umsetzungsstark. Sollte das dem Oberbürgermeister, der ja selbst norddeutscher Herkunft ist, nicht zu denken geben, wenn die Hansestädter aus Bremen derart sinnvolle Entscheidungen treffen? In Bremen soll es eine Menge Kaufleute geben, die durchaus erfolgreich unternehmerisch denken.

Wir fordern den Oberbürgermeister auf, zu unternehmerischer Einsicht zu kommen und zu prüfen, ob und wie die Beteiligungen an den genannten Gesellschaften in Potsdam zusammengeführt werden könnten, um dadurch im Ergebnis sowohl eine integrative und abgestimmte Gesamtunternehmensführung zu erreichen, als auch optimierte Wirtschaftsförder-, Standortentwicklungs- und Vermarktungserfolge einschließlich eines erfolgreichen Stadt- und Tourismusmarketings zu erzielen.

Götz Friederich

Baumschutzverordnung



Klaus Rietz

Am 24.01.2015 fand die erste Beteiligungsveranstaltung zur neuen Potsdamer Baumschutzverordnung statt. Eine Überarbeitung wurde notwendig, da unter anderem die Rechtsprechung mit ihren Vorgaben, insbesondere zu Stammumfang und Ersatzpflanzun-

gen, gezeigt hat, dass hier Handlungsbedarf besteht. Genau bei diesen Punkten treffen in Potsdam die unterschiedlichen Auffassungen aufeinander. Von den Gegnern jeder Lockerung der Verordnung wird immer wieder der Eindruck erweckt, dass bei einer Lockerung des Stammumfangs von 30 auf 60 cm das große Abholzen in Potsdam beginnen würde. Dabei wird offensichtlich vielfach Stammumfang und Durchmesser verwechselt (Umfang 60 cm entspricht einem Durchmesser von 19,1 cm). Es wird außerdem immer wieder unterstellt, dass die Grundstücksbesitzer nur darauf warten, möglichst viele Bäume fällen zu können. Dies ist offensichtlich die Denkweise von Leuten, die noch nie einen Baum gepflanzt haben und die meinen, Baumschutz kann nur durch Entmündigung der Grundstückseigentümer wirkungsvoll erreicht werden. Die Bäume, um die es hier geht, würde es zum größten Teil gar nicht geben, wenn sie die Grundstückseigentümer nicht vor Jahren selbst gepflanzt hätten. Warum sollten sie diese nun massenhaft fällen wollen? In den meisten 2003 eingemeindeten Ortsteilen waren Bäume erst ab 60 cm Stammumfang geschützt und man staune, dort gab es auch zu diesem Zeitpunkt keinen Kahlschlag. Wir meinen, es sollten diejenigen, die Bäume pflanzen oder gepflanzt haben, nicht Übergebühr gegängelt werden. Es ist wichtig, klare Signale zu senden, die deutlich machen, dass es in Potsdam gewollt ist, dass viele Bäume gepflanzt werden. Auch jeder Baum, der ggf. nach Jahren wieder gefällt wird, ist besser als ein Baum, der wegen einer restriktiven Baumschutzverordnung gar nicht erst gepflanzt wird.

Die Stadtverordneten haben eine Reduzierung des schutzwürdigen Stammumfangs von geplanten 60 cm auf nun 45 cm beschlossen. Es ist uns dabei aber gelungen, für den ländlich geprägten Bereich einen Stammumfang von 60 cm im Beschluss zu verankern.

Wegen der erheblichen Abweichungen vom bereits öffentlich ausgelegten Entwurf muss die Baumschutzverordnung nun nochmals ausgelegt werden.

Jeder, der für eine moderate Lockerung der Baumschutzverordnung ist, sollte dies im Rahmen der Auslegung auch schriftlich kundtun. Ansonsten entsteht wieder der Eindruck, dass die Mehrheit der Potsdamer für eine Verschärfung des Entwurfs ist – die Gegner einer Lockerung werden sich in jedem Fall zu Wort melden.

Chance vertan – Potsdam beschließt ein Leitbild ohne „Leit-Bild“



Götz Friederich

Content is king – dieser Grundsatz im Marketing gilt natürlich auch für das jüngst beschlossene Leitbild Landeshauptstadt Potsdam. Ohne Inhalte, das heißt ohne definierte Identitäten und artikuliert Bekenntnisse gibt es keine Botschaften und damit nun einmal keine

Leitbilder d.h. keine Richtlinien, an denen die Stadt sich in Bezug auf ihr zukünftiges Handeln ausrichten und messen lassen will.

Auch die CDU Potsdam und die CDU/ANW-Fraktion hat in diesem Sinne aufmerksam die Entwicklung eines Leitbildes für die Landeshauptstadt Potsdam verfolgt und dafür sogar ein eigenes Leitbild erarbeitet. Aus meiner Sicht war es ein spannender Prozess, denn auf diesem Wege konnte auch und gerade eine Stadt wie die Landeshauptstadt Potsdam durch ein klar definiertes und konzipiertes Leitbild seine Einzigartigkeit, seine Identität und Attraktivität entscheidend artikulieren. Nun mag dies in wesentlichen Tei-

len durchaus gut gelungen sein. Es gibt eine Stadt für alle Bürger, eine Stadt der Wissenschaft, der Kultur, der Medien, der Wirtschaft, des Sports usw.. Es sind alles Attribute, die Potsdam – wie viele andere Städte auch – auszeichnen sollen. Allein, es fehlt eine „Überschrift“, eine Profildefinition, eine Kernbotschaft, eine Meta-Message – schlicht, ein Schriftzug, der Potsdam in seiner Einzigartigkeit und Unverwechselbarkeit über alles andere herausstellt.

Dabei sollte es doch eigentlich ein Leichtes sein, den Kern, die Philosophie dessen, was das „Leit-Bild“ Potsdams sein soll, zu artikulieren.

„Potsdam“, das größte Ensemble der deutschen Welt erbstätten ist immerhin so einzigartig und einmalig auf dieser Welt, wie etwa Venedig oder Florenz! Hamburg ist das „Tor zur Welt“ und Dresden das „Elbflorenz“. Und Potsdam? Durch das Toleranzedikt des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg kann Potsdam sogar von sich behaupten, seit 1685 bis heute in wirkungsvoller Weise innovativ zu sein!

Gibt es dafür nur die Überschrift „Leitbild“?

Diese einzigartigen Merkmale, die „Innovation als Tradition mit weltkulturellem Erbe“ hätten als ein Bekenntnissatz der „Landeshauptstadt der Hauptstadt-

region“ überschriftartig formuliert werden können. Es sind alles Alleinstellungsmerkmale! Die CDU Potsdam hat diese jedenfalls in dem von ihr entwickelten Leitbild genau so artikuliert. Und dieses Bekenntnis hat die CDU/ANW-Fraktion auch per Antrag in der Stadtverordnetenversammlung eingefordert. Potsdam ist nun einmal in der ganzen Welt einmalig „ohne Sorge“, einzigartig „sans souci“. Doch offensichtlich ist es uns nicht gelungen, eine Mehrheit für diese Kernbotschaft zu gewinnen. Vielleicht fehlte dem Oberbürgermeister und seiner Verwaltung und der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung einfach nur der Mut dazu, da man es irgendwie allen recht machen wollte. Bei einigen war es natürlich auch aus altideologischen Gründen definitiv nicht gewollt.

Schade. Das Leitbild der Landeshauptstadt Potsdam heißt jetzt schlicht „Leitbild“ und droht, trotz der guten Inhalte und Ansätze Potsdam austauschbar und beliebig werden zu lassen mit Eigenschaften und Merkmalen, wie sie unterschiedslos in vielen Städten Deutschlands zu finden sind. So wird es natürlich schwer, etwas zum gelebten Leitbild mit einer Chance zur Identifikationsbotschaft der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt werden zu lassen.

Weihnachtsmärkte – erfolgreiches Marketing rund um das „Event des Jahres“?

Woran denken wir, wenn wir Namen hören wie z.B. „Christkindlesmarkt“, „Striezelmarkt“, „Weihnachtsmarkt am Gendarmenmarkt“, „Weihnachtsmarkt am Dom“? Na klar: an Nürnberg, Dresden, Berlin oder Köln. Und woran denken wir, wenn wir einfach nur an „Weihnachtsmarkt“ denken: an traditionelle, mittelalterliche, nostalgische oder romantische Weihnachtsmärkte oder an Glühwein-Glück und Buden-Kommerz? Was ist mit dem eigentlichen Anlass? Es ist eine spannende Frage und eine faszinierende Herausforderung, wenn man sich fragt, welchen Anspruch Weihnachtsmärkte an die Vermarktung des eigentlichen „Anlasses“ haben und wie sie ihn umsetzen. Was vermarkten eigentlich Weihnachtsmärkte? Sich selbst, das „Event Weihnachten“ oder die Städte, in denen sie stattfinden? Oder lässt sich das in idealer Weise kombinieren?

In Potsdam gelingt diese Kombination zum Beispiel beim „Böhmischen Weihnachtsmarkt“ auf dem Weberplatz in Babelsberg. Der von böhmischen Traditionen geprägte Weihnachtsmarkt, dazu die „Böhmische Hirtenmesse“ in der Friedrichskirche und das alles im historischen „Weberviertel“ in Babelsberg: Hier schaffen die „Vermarktung des Anlasses“, die Art und Weise der Durchführung und das Flair einer lokalen Identität ein Erlebnis, welches in seiner Einzigartigkeit als herausragend bezeichnet und genutzt werden kann. Ähnlich verhält es sich mit dem „Sinterklaas“ im „Holländischen Viertel“: Gelebte Tradition vor dem Hintergrund einer christlichen Kultur und eingebettet in ein besonderes städtebauliches Flair. Damit lässt sich richtig „Werbung machen“ – für den Anlass, aber auch für



Sinterklaas im Holländischen Viertel: Gelebte Tradition in der historischen Potsdamer Innenstadt

den Standort und den Rahmen an sich. Es wäre schön, wenn dieser Anspruch als Maxime von allen Weihnachtsmärkten behauptet werden könnte. Meines Erachtens hat auf jeden Fall auch die historische Innenstadt Potsdams eine derartige Qualität eines Weihnachtsmarktes verdient. Als Bestandteil des neuen Tourismus Marketing Konzeptes könnte

damit dafür Sorge getragen werden, dass die Touristenzahlen auch im Winter nachhaltig steigen. Ich erwarte jedenfalls, dass dieser Anspruch von den Verantwortlichen festgelegt und umgesetzt wird. Der „Anlass“, die Feier rund um die Geburt Jesu Christi hätte es allemal verdient.

Götz Friederich

Anträge der CDU/ANW-Fraktion ... und was aus ihnen wurde



Horst Heinzel

CDU/ANW-Anträge, einmal in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht, geraten manchmal in Vergessenheit oder werden nicht mehr als unsere Anträge wahrgenommen. Zurzeit wieder sehr aktuell ist einer unserer Anträge aus dem Jahr 2013. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, sich für die Rückführung der Attikafiguren von Berlin zum ursprünglichen Standort auf dem Stadtschlossneubau einzusetzen. Heute, im Jahr 2016, müssen wir feststellen, dass der Oberbürgermeister diesen Auftrag aus der SVV nicht erfüllen konnte oder sich nur halbherzig

dafür einsetzte. Die Rolle der Schlössestiftung bei den letzten Gesprächen war für Potsdam keine Unterstützung. Geld von Potsdam bekommen, ist das eine, sich für die berechtigten Interessen, wie hier die Rückführung der Figuren nach Potsdam einzusetzen, scheinbar etwas anderes. Noch ist unser Antrag nicht abgeschlossen. Wir sollten weiter dafür eintreten! Unser Antrag, Handyparken einzuführen, hat drei Jahre in Anspruch genommen. Jetzt wurde er umgesetzt. Der Erfolg hat viele Väter, aber die Idee hat letztendlich die CDU/ANW-Fraktion eingebracht. Auf Antrag unserer Fraktion wurden die Kosten für die Schulsportanlage Kurfürstenstraße in den Doppelhaushalt 2015/2016 eingestellt. Damit wurde den berechtigten Forderungen der betroffenen Schulen mit insgesamt 1.500 Schülern für einen kontinuierlichen Sportunterricht Rechnung getragen. Heute ist die Sportanlage eröffnet. Nun ist es

auch an der Zeit, darauf hinzuweisen, dass wir es waren, die wir mit einem Antrag den Starschuss für diese Sportanlage gaben. Ein letztes Beispiel ist der Antrag unserer Fraktion, den Aufbau eines Kunstrasenplatzes für den Sportverein Grün-Weiß Golm zu ermöglichen. Die notwendigen Kosten wurden im Haushalt 2015/2016 eingestellt. Bis zum heutigen Zeitpunkt konnten diese Mittel noch nicht eingesetzt werden. Die Bearbeitung des Antrages läuft, nur der zeitliche Ablauf ist mehr als schleppend und unbefriedigend. Die genannten Anträge zeigen nur einen kleinen Auszug aus unseren politischen Aktivitäten.

Da unsere Anträge leider am Ende nicht immer mehr als unsere, also als Anträge der CDU/ANW-Fraktion wahrgenommen werden, müssen wir es selbst in die Hand nehmen, sie dennoch umzusetzen.

Aktuelle Anträge:

Trichinenbeschau bei jungem Schwarzwild wird für 2 Jahre ausgesetzt

Die Afrikanische Schweinepest breitet sich in den Wildschweinbeständen in Osteuropa (Polen und Baltikum) immer weiter aus. Die Infektion führt sowohl bei Hausschweinen als auch bei Wildschweinen zu einer schweren Erkrankung und ist fast immer tödlich. Unser Antrag war erfolgreich und ist eine wichtige Maßnahme, die Einschleppung der Krankheit nach Deutschland - mit schweren Folgen für die Gesundheit unserer Wild- und Hausschweinbestände und die landwirtschaftliche Produktion - zu erschweren.

Sauberheitskampagne

Die von uns für Potsdam beantragte Sauberheitskampagne wird aufgrund unseres Antrags geprüft. Ziel der Kampagne soll es sein, humorvoll und ohne erhobenen Zeigefinger für Sauberkeit unserer Stadt zu werben. Ein Anliegen, das vielen Potsdamerinnen und Potsdamern am Herzen liegt und immer wieder bei Umfragen und dem Bürgerhaushalt genannt wird. Umsetzungsmöglichkeiten werden jetzt geprüft und die Kampagne soll im Jahre 2017 beginnen.

Lichtkonzept für Potsdam

Die angekündigte Erarbeitung eines Lichtkonzeptes für Potsdam soll vorangetrieben werden, damit bereits im Jahr 2017 für den Bereich des Alten Marktes und dessen Umfeld in einem ersten Schritt modellhaft umgesetzt werden kann. Diesem Antrag unseres Kooperationspartners SPD haben wir uns gerne angeschlossen; denn bereits in unserem Kommunalwahlprogramm hatten wir angekündigt, uns für ein modernes Lichtkonzept in Potsdam einzusetzen.

Leitlinie für die Werbung im Innenstadtbereich

Beschlossen wurde unser Antrag, zu prüfen, ob die Werbesetzung in allen Bereichen der LHP wie z.B. dem Luftschiffhafen den tatsächlichen Anforderungen entspricht. Aufsteller, Fahrradständer etc. sind immer wieder Anlass für Beschwerden und Ärgernis im Bereich der Innenstadt, vor allem in der Brandenburger Straße. Ziel ist es, durch eine ansprechende und einheitliche Gestaltung die Aufenthaltsqualität in der Innenstadt deutlich zu steigern, die Architek-

tur der Fassaden besser zur Geltung zu bringen und den Gewerbetreibenden ausgewogene Bedingungen zu bieten.

Badstandort im Norden reservieren

Der Norden Potsdams ist das Hauptwachstumsgebiet der Landeshauptstadt und die Bevölkerung wird rasch weiter zunehmen. Damit steigt der bereits jetzt vorhandene Bedarf an einem Stadtteilbad. Eine Fläche dafür ist jedoch momentan nicht vorgesehen. Auch wenn eine Realisierung derzeit nicht wahrscheinlich ist, ist es für die Entwicklung des Nordens jedoch wichtig, eine städtebaulich sinnvolle Fläche zu sichern, bevor das vorhandene Flächenpotential mit Wohnungen bebaut ist. Die Verwaltung hat jetzt den Auftrag, zu prüfen, wo städtebaulich sinnvoll im Norden Potsdams ein Stadtteilbad errichtet werden könnte und eine geeignete Fläche für diesen Zweck zu reservieren.

Durchquerung im nördlichen Volkspark

Aufgrund unseres Antrags wird geprüft, wie im nördlichen Teil des Volksparks eine Wegeverbindung zwischen dem Wohngebiet westlich und östlich des Volksparks mit den Einkaufsmöglichkeiten und den Straßenbahnhaltestellen eingerichtet werden kann. Fußgänger und Radfahrer sollen so den Volkspark auf einem gut erkennbaren und ausreichend beleuchteten Weg durchqueren können.

Beachvolleyballanlage

im Volkspark soll erhalten werden

In dem Konzept Volkspark 2020 ist zwar der Erhalt der beliebten Beachvolleyballanlage vorgesehen, nach erfolgten Emissionsmessungen gibt es aber aufgrund der bestehenden oder geplanten Wohnbebauung im Volkspark keinen Standort an den die Anlage tatsächlich verlegt werden kann. Wir unterstützen es, die erfolgreich eingeführte Anlage für Potsdam zu erhalten. Sie ist inzwischen etabliert und über Potsdam hinaus als wichtige Wettkampfanlage fest in der Berlin/Brandenburger Beachvolleyballszene verankert. Sie wird vielfältig genutzt. Betriebe, Schulen, Schülern, Studenten, Freizeitsportler und Senioren nutzen die Anlage intensiv. Sie ist fester Bestandteil im

Sportprogramm Beachvolleyball der Universität Potsdam und in der Verbandsarbeit des Brandenburger Volleyballverbandes sowie dem jährlichen Meisterschaftsprogramm Berlin/Brandenburg.

Der Antrag wurde in die Fachausschüsse überwiesen. Dort verfolgen wir das Ziel, dass die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, wie im Rahmen der Sport- und Wirtschaftsförderung ein beliebtes Sport- und Freizeitangebot sowie ein florierender Wirtschaftsbetrieb für Potsdam erhalten werden kann.

Jugendfreizeiteinrichtung

Das Ribbeckeck ist nicht mehr sanierungsfähig und die vorgesehenen Jugendfreizeiteinrichtungen lassen auf sich warten. Planungen wurden verschoben und man verweist immer wieder auf die Möglichkeiten in der Biosphäre. Darauf wollen wir nicht setzen und fordern, dass sofort gehandelt wird. Der Bedarf ist da und unsere Jugendlichen sollen bekommen, was ihnen zusteht. Deshalb haben wir beantragt, bei der Aufstellung des Bebauungsplanes 113 für das Areal Pappelallee/Reiherweg ausreichend Flächen für eine Jugendfreizeiteinrichtung und Sportflächen einzuplanen und den Bedarf für eine dritte Jugendfreizeiteinrichtung für den Potsdamer Norden unter Einbeziehung der Akteure vor Ort sowie die beiden bereits beschlossenen Jugendfreizeiteinrichtungen kurzfristig zu realisieren. Dieser Antrag hat bereits erfolgreich einige Fachausschüsse passiert und wir sind zuversichtlich, in der nächsten Stadtverordnetenversammlung eine breite Unterstützung dafür zu bekommen.

Aufwandsentschädigung für ehrenamtlich Tätige

Wir haben die Bildung eines Beteiligungsrates unterstützt, uns in diesem Zusammenhang jedoch erfolgreich dafür eingesetzt, dass Aufwandsentschädigung und Sitzungsgeld für alle ehrenamtlich Tätigen in der Entschädigungssatzung transparent, übersichtlich und im Sinne einer ausgewogenen Anerkennungskultur geregelt wird. Die Verwaltung hat jetzt den Auftrag, die Entschädigungssatzung zu überarbeiten.

Potsdams Norden - Entwicklung im ländlichen Raum

Die Orts- und Gemeindeteile Groß Glienicke, Fahrland, Neu Fahrland, Kartzow, Satzkorn, Krampnitz, Sacrow, Marquardt, und Uetz-Paaren werden seit dem 3.11.2016 durch den neuen CDU Stadtbezirksverband Potsdam Nord in ihrer aufstrebenden Entwicklung unterstützt. Sie alle eint der ländliche Charakter mit ähnlichen Verbesserungswünschen. Als Stadtverordneter ist es wichtig den Bürgerinnen und Bürgern genau zuzuhören. Da zahlreiche neuzugezogene Potsdamer Familien sich in diesen Ortsteilen niederlassen, muss die Infrastruktur nachhaltig weiterentwickelt werden. Das heißt, es muss ein größeres Angebot von Kita- und Schulplätzen geben, aber auch die Nahversorgung, Ärzte



und Apotheken, eine verbesserte ÖPNV-Anbindung, die Errichtung weiterer Radwege, eine bessere Ausleuchtung der Nebenstraßen, ein schnelleres Internet und vieles mehr müssen in Angriff genommen werden. Es ist mein Anliegen, die Ortsteilbewohner bei Ausschuss- und Rathausbesprechungen in den genannten Angelegenheiten gut zu vertreten. Hierzu stellt die CDU/ANW-Fraktion Anträge in den entsprechenden Gremien. Politik ist interessant und spannend, insbesondere wenn man als Akteur daran mitwirken kann. Es ist besser zu handeln, als behandelt zu werden.

Norbert Mensch

Informationen zur Schulentwicklungsplanung



Clemens Viehrig

Im Fokus der aktuellen Schulentwicklung stehen momentan die laufenden Bauvorhaben und deren zeitgerechte Umsetzung. Es ist sehr positiv hervorzuheben, dass der Kommunale Immobilien Service (KIS) bei den meisten Projekten im Zeitplan

liegt. Er machte jedoch auch deutlich, dass nach dem Vorliegen von neuen Brandschutzkonzepten an verschiedenen Standorten deutlich mehr Maßnahmen notwendig sind. Aus diesem Grund wird es für die Baumaßnahmen an der Friedrich-Wilhelm-von-Steuern Gesamtschule und der Grundschule Am Kirchsteigfeld neue Zeitpläne geben. Die derzeit

größte Herausforderung im Schulbau ist die Verlegung der Fernwärmeleitung am Standort der temporären Schule in Modulbauweise am Humboldttring. Der Munitionsbergungsdienst des Landes hat noch nicht alle Arbeiten abgeschlossen, so dass der KIS von Bauverzögerungen ausgehen muss. Die EWP kann ihre Leitungen nicht vor Beginn der Heizperiode umverlegen. Im Moment geht der KIS davon aus, dass die EWP im Frühjahr - noch vor Ende der Heizperiode - mit ihren Arbeiten beginnen kann. Die Errichtung wird somit nicht planmäßig zum Schuljahresbeginn (Sommer 2017) erfolgen können. Die CDU/ANW-Fraktion wird dies aufmerksam verfolgen, da vor allem Babelsberg dringend Schulplätze benötigt. Im Bildungsausschuss hat der KIS gemeinsam mit dem Fachbereich 21 - gegenüber unserem Vorsitzenden - die Zusage gemacht, dass für die zusätzlichen Schüler eine Lösung gefun-

den wird. Zudem gilt es die Planungen für die neuen Schulstandorte an der Heinrich-Mann-Allee und in Babelsberg zu vertiefen. Gerade der Standort in Babelsberg ist noch in der Abstimmung. Im Moment wird durch die Verwaltung die Uhlandstraße als Standort favorisiert. Wir müssen die Entscheidung sehr genau abwägen und dürfen nicht vergessen, dass wir auch über einen etablierten Sportstandort - die Sandscholle - als mögliche Variante sprechen. Dies bedingt jedoch einen zeitgleichen Ausgleich für den Sport im Sozialraum. Dies sehe ich derzeit nicht. Neben dem Ausschuss für Bildung und Sport wird sich in den nächsten Wochen auch die AG Schulentwicklungsplanung noch einmal eingehend mit den Standorten beschäftigen müssen. Die CDU/ANW-Fraktion wird nur eine Variante unterstützen die den Schülerinnen und Schülern sowie - falls erforderlich - dem Sport gerecht wird.

Neu in der Fraktion: Lothar Wellmann

Die CDU/ANW-Fraktion hat am 14.11.2016 einstimmig den parteilosen Stadtverordneten Lothar Wilhelm Wellmann in die Fraktion aufgenommen. Grundlage der Zusammenarbeit sind neben unserem Wahlprogramm und unserem Leitbild die Kooperationsvereinbarung mit unseren Kooperationspartnern. Herr Wellmann wird zügig in die Arbeit und Aufgabenverteilung der Fraktion integriert. In einer stark wachsenden Stadt ist es viel Wert, wenn man die ehrenamtliche Aufgabe, die Stadtpolitik mitzugestalten, auf mehr Schultern verteilen kann.

Der Fraktionsvorsitzende Matthias Finken sagt: "Wir freuen uns, dass Herr Wellmann den Weg zu uns gesucht und gefunden hat. Mit ihm gewinnen wir einen engagierten und kompetenten Stadtverordneten für unsere politische Arbeit."

Potsdamer Schulen für Umweltprojekte ausgezeichnet

Stadtverordneter Clemens Viehrig, hat in seiner Funktion als Vorsitzender des Ausschuss für Bildung und Sport sieben Potsdamer Schulen mit dem Titel „Umweltschule in Europa - Internationale Agenda Schule 21“ ausgezeichnet. Diese Auszeichnung wird inzwischen bereits zum 17. Mal in Potsdam vergeben. Neben der Weidenhof-Grundschule - welche erstmals ausgezeichnet wurde - konnten die Waldstadt-Grundschule, die Karl-Foerster-Schule, die Grundschule am Priesterweg, die Grundschule am Humboldttring, die Käthe-Kollwitz-Oberschule sowie die Comenius-Schule die Auszeichnung entgegennehmen. In den verschiedenen Projekten haben sich die Schülerinnen und Schüler im vergangenen Schuljahr fächerübergreifend mit Umweltthemen auseinandergesetzt. Unter anderem ging es um das Thema Müll, den Schutz einheimischer und bedrohter Tierarten sowie gesunde Ernährung und Lebensweise. Letztendlich vereinte alle Projekte ein Ziel, die Vielfalt unserer Natur zu achten, sie sinnvoll zu nutzen und zu

erhalten. Die CDU/ANW-Fraktion hat vor allem die Müllproblematik mit verschiedenen Anträgen aufgegriffen. Zum einen wird es eine Sauberheitskampagne geben, zum anderen sind die Solar-Mülleimer bereits in der Testphase sowie die Kennzeichnung eines Großteils der Mülleimer abgeschlossen. Die Berliner Müllentsorgung war zwar kreativer mit ihrer Kampagne, aber wir stehen noch am Anfang unserer Bemühungen.

Clemens Viehrig



Verkehr: CDU/ANW-Fraktion fordert jetzt mit aktuellen Zahlen für die Zukunft zu planen

Zur Vorbereitung der Fortschreibung des Nahverkehrsplanes 2012-2018 müssen wir jetzt handeln. Eine wesentliche Grundlage der Verkehrsprognose im Stadtentwicklungskonzept Verkehr von 2013 ist die Annahme, dass die Stadt bis 2025 auf 168.000 Einwohner wachsen wird. Wir haben bereits heute über 170.000 Einwohner. Hinzu kommt das Bevölkerungswachstum im Umland. Die Auswirkungen des Wachstums auf unsere Verkehrssysteme müssen wir jetzt untersuchen. Wir müssen Maßnahmen planen und die Finanzierbarkeit prüfen, um den heutigen Qualitätsstand zu sichern, die Belastungen weiter zu reduzieren sowie die Ziele des Stadtentwicklungskonzeptes Verkehr erreichen zu können. Konkret heißt das über eine differenzierte Betrachtung der Einpendler hinaus ist auch eine Untersuchung des innerstädtischen Quell- und Zielverkehrs notwendig, um die Angebote und Kapazitäten des ÖPNV besser auf die nachgefragten

Wege abzustimmen. Dabei sind neu entstehende Wohn- und Gewerbegebiete, Schul-, Kita- und Freizeitstandort zu erfassen und einzuplanen. Insbesondere sollen damit auch die Angebote des ÖPNV nicht nur im Umfeld der Zeppelinstraße und Großbeerenstraße, sondern auf allen in die Stadt führenden Hauptkorridoren, verbessert werden. Dies dient der Schaffung attraktiver Alternativen zum Auto. Möglichkeiten alternativer Antriebe und Verkehrsarten sind selbstverständlich zukunftsorientiert einzuplanen. Um tatsächlich eine nachhaltige Verbesserung zu erzielen, ist die Analyse und Wirkungsweise verschiedener Maßnahmen möglichst genau und auf einer aktuellen Datenbasis erforderlich. Wir konnten die Mehrheit der Stadtverordneten von unseren Forderungen überzeugen. So wurden zwei Anträge dazu beschlossen.

Matthias Finken



Eine Untersuchung des innerstädtischen Quell- und Zielverkehrs ist Grundlage zur Schaffung attraktiver Alternativen zum Auto

Wohnen soll in Potsdam attraktiv und erschwinglich bleiben



Lars Eichert

Die Landeshauptstadt wächst rasant. Bereits jetzt haben wir über 170.000 Einwohner, die der Stadt eigentlich erst für 2025 prognostiziert worden waren. Auch in den nächsten Jahren soll dies Wachstum weiter anhalten. Die Schätzungen gehen inzwi-

schens für 2035 von rund 200.000 Einwohnern aus. Potsdam braucht für dieses stetige Wachstum nicht nur neue Schulen und Kindergärten, sondern muss auch Flächen für soziale Infrastruktur, Gewerbe und Wohnen sichern. Dies hat die CDU/ANW nicht erst mit ihren jüngsten Anträgen wie beispielsweise dem Antrag DS 16/SVV/0471 „Soziale Infrastruktur im Potsdamer Norden“ im Blick.

Bereits unmittelbar nach den letzten Kommunalwahlen war durch die Fraktion CDU/ANW bereits ein Antrag mit dem Ziel ein Bündnis für Wohnen ins Leben zu rufen und den sozialen Wohnungsbau zu stärken in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht worden. Mit dem stetigen Zuzug steigt auch die Nachfrage nach Wohnraum und allein durch die kommunale Wohnungsgesellschaft wird diese Nachfrage nicht ausreichend bedient werden können. Nach Angaben der Stadt befinden sich bei der ProPotsdam aktuell knapp 260 Wohnungen im Bau, von denen 88 Wohnungen in diesem Jahr fertig gestellt werden sollen. Die Genossenschaften und vor allem die privaten Eigentümer werden also dringend benötigt, um die Nachfrage

nach Wohnraum ausreichend bedienen zu können. Nachdem unser Antrag Anfang 2015 beschlossen wurde, hatten wir weiter darauf gedrängt, dass die Landeshauptstadt endlich entsprechend handelt. Im Mai dieses Jahres war es dann endlich soweit, das Bündnis für Wohnen wurde unterzeichnet. Es ist jetzt an der Landeshauptstadt Potsdam zusammen mit den Bündnispartnern die Impulse und Anreize für den Wohnungsbau zu setzen, damit die Mieten in Potsdam durch ein großes Angebot an Wohnungen erschwinglich bleiben. Zu den Kosten des Wohnens gehören aber auch die Nebenkosten, wie Müll, Wasser, Abwasser, Strom und dergleichen. Besonders beim Müll durften wir der Presse entnehmen, dass Potsdam im Osten Deutschlands und unter den Landeshauptstädten mit zu den teu-

ersten Städten gehört. Damit die Verwaltung und die Stadtverordneten im Blick behalten, wie sich ihre Entscheidungen auf diese Nebenkosten auswirken hatte die CDU/ANW im Rahmen ihres Antrages für einen Wohnungsentwicklungsplan DS 16/SVV0051 nicht nur die zukünftige Planung von Wohnbebauung, sondern auch die Entwicklung der Nebenkosten mit einbezogen. Zukünftig ist daher bei Beschlüssen der Stadtverordneten auch eine sachkundige Einschätzung vorzunehmen, wie sich diese auf die Wohnkosten in der Landeshauptstadt auswirken. Die Entwicklung der Wohnnebenkosten ist damit frühzeitig zu berücksichtigen und nicht erst, wenn aufgrund vorausgegangener Entscheidungen Gebühren- und Beitragsanpassungen unumgänglich geworden sind.



Halbzeitbilanz

Potsdam wächst unaufhaltsam. Seine hohe Lebensqualität ist einer besonnenen Stadtpolitik und vor allem dem großen bürgerschaftlichen Engagement der Potsdamerinnen und Potsdamer zu verdanken. Die CDU/ANW-Fraktion ist zur Kommunalwahl vor über zwei Jahren angetreten, um als Vertreter der Bürgerinnen und Bürger – als ihr Sprachrohr in der Stadtverordnetenversammlung - Potsdam zu gestalten. Seit der Kommunalwahl 2014 sind zweieinhalb Jahre vergangen. Ein guter Zeitpunkt, um einen Blick ins Wahlprogramm zu werfen und zu sehen, was wir bisher, auch Dank der engen Zusammenarbeit mit unseren Kooperationspartnern, erreicht haben.

Themenschwerpunkte

In der ersten Hälfte der Wahlperiode haben wir zahlreiche Themen aufgegriffen. Dabei bildete unser Wahlprogramm die Basis und wurde ergänzt durch die aktuellen Entwicklungen in unserer Stadt und den sich daraus ergebenden Fragestellungen.

Wir haben unsere vielen Kontakte zu den Bürgerinnen und Bürgern genutzt, um Gespräche mit ihnen zu führen und die von ihnen angesprochenen Wünsche und Hinweise politisch aufzugreifen. Dadurch und durch unsere Anträge - zu einem großen Teil aber auch durch unsere „Kleinen Anfragen“ sowie dem direkten Kontakt zu den zuständigen Stellen in der Stadtverwaltung – ist es uns gelungen, Lösungen zu erreichen und nachhaltig auf Problemlösungen hinzuwirken.

Verkehr:

25 Anträge hatten die Verbesserung der Verkehrssituation in Potsdam zum Inhalt.

Insbesondere die Erhöhung der Schulwegsicherheit für unsere Kinder war ein Kern dieser Anträge. Weitere Themen waren: Ein notwendiges Baustellenmanagement, ein Verkehrsmonitoring für Potsdam sowie strategische Überlegungen für Verbesserung des Verkehrsflusses der Landeshauptstadt. Dabei haben wir unsere engen Kontakte zu den wissenschaftlichen Einrichtungen in Potsdam genutzt.

Bezahlbarer Wohnraum für Jedermann:

Potsdam wächst und damit auch der Bedarf an bezahlbarem Wohnraum. Hierbei ist die Landeshauptstadt Potsdam auch auf private Vermieter angewiesen. Mit der Forderung nach einem Wohnungsentwicklungsplan und der Schaffung eines „Bündnis für Wohnen“, das die Akteure des Wohnungsmarktes einbezieht, wollen wir erreichen, dass jeder, der hier seine Heimat gefunden hat, in eine für ihn erschwingliche Wohnung ziehen kann. Dafür müssen sich private Wohnungsunternehmen, private Eigentümer sowie Genossenschaften, die städtischen Wohnungsunternehmen und Mieter an einen Tisch setzen.



Mehr Infos zu aktuellen Themen sowie alle Antragstexte finden Sie unter

www.cdu-anw-fraktion-potsdam.de

Wirtschaftliche Potenziale weiter ausschöpfen:

Potsdam muss seine Potenziale als Wirtschaftsstandort weiterentwickeln. Erfolgreiche mittelständische Unternehmen sichern Arbeitsplätze und damit den Wohlstand einer Stadt. Daher hat die Stärkung der Wirtschaftsförderung für uns einen hohen Stellenwert.

Auf unsere Initiative wurde der „Wirtschaftsrat der Landeshauptstadt Potsdam“, „Innovation, Transformation, Wirtschaftsförderung“ gegründet.

Als besonderen Erfolg konnten wir dabei verbuchen, dass ein Mitglied der CDU/ANW-Fraktion einstimmig zum Vorsitzenden des Vorstands dieses Gremiums gewählt worden ist. In einer von uns durchgeführten Händlerumfrage in der Potsdamer Innenstadt haben uns die Einzelhändler in der Innenstadt ihre Wünsche und Hinweise mitgeteilt, die wir ebenfalls in unsere politische Arbeit integrieren konnten. Auch die Sicherung von Gewerbeflächen für Unternehmen wurde in mehreren Anträgen thematisiert.

Kiezcharakter der Stadtteile weiterentwickeln:

Die Entwicklung der Potsdamer Mitte lag uns am Herzen. Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die langfristigen Planungen für die Wiederherstellung des historischen Grundrisses weiter umgesetzt werden, der Lustgarten weiter entwickelt und die Garnisonkirche wieder aufgebaut werden kann. Neben diesem wichtigen Thema stand jedoch auch die Entwicklung der einzelnen Stadtteile auf unserer Agenda. Denn was ist uns näher als unser eigener Kiez, unser direktes Lebensumfeld.

Mit Anträgen zur „Gestaltung des Johan-Boumann-Platzes“ und der „Gestaltung des Annemarie-Wolff-Platzes“ wollen wir diesen Kiezcharakter in den Wohnquartieren stärken. Zugleich darf die Entwicklung sich jedoch nicht nur auf Wohnungsbau erstrecken. Ein Kiez braucht auch das soziale Umfeld. Unsere Forderungen nach einer Jugendfreizeiteinrichtung im Bornstedter Feld und einem Bürgertreff in Bornim fanden in der Stadtverordnetenversammlung breite Zustimmung ebenso wie unser Antrag zur Unterstützung von Volksfesten.

Herausforderungen im Bereich Bildung und Sport meistern:

Eine wachsende Bevölkerung, Familien mit Kindern: Ein Pluspunkt für jede Stadt. Bildung und Ausbildung sind wichtige Voraussetzungen für jeden Menschen. Die wachsende Stadt hat jedoch auch Herausforderungen zu bewältigen: Steigende Schülerzahlen und ein damit verbundener erhöhter Bedarf an Schulen. Unser Ziel ist es, Potsdams Schulentwicklungsplan aktiv mitzugestalten und Potsdam fit für diese Herausforderungen zu machen.

Mit 13 Anträgen zum Thema Bildung und Sport haben wir wichtige Akzente gesetzt, dabei den Kostenfaktor nicht außer Acht gelassen und alternative Finanzierungsmöglichkeiten zur Entlastung der Stadtkasse dargestellt. Dass es im Norden einen zusätzlichen wettkampffähigen Großfeldplatz geben wird, geht auf die Initiative der Fraktion zurück. Zu dem ist es uns gelungen mit zwei Outdoor-Sportgerüsten – im Volkspark und am Schlaatz -Sportlerinnen und Sportlern an 365 Tagen im Jahr eine kostenfreie Trainingsmöglich-

keit zu bieten. Die durch uns mit angeregte Entwicklung eines weiteren Montessori-Standorts im Potsdamer Süden, begreifen wir als Chance für den Schulentwicklungsplan und Stadtteil.

Das war noch nicht alles:

In weiteren Anträgen haben wir das Thema Barrierefreiheit und Teilhabe von allen Potsdamer Bürgerinnen und Bürgern aufgegriffen sowie zahlreiche Änderungsanträge zur Haushaltsplanung gestellt, die die Vielfältigkeit der kulturellen Landschaft fördern sollen. Die ländlichen Gebiete stehen für uns ebenso im Fokus, wie der städtische Bereich: So haben wir uns für einen Beauftragten für den Ländlichen Raum eingesetzt, sowie ein „Mobilitätskonzept für die Ortsteile und den ländlichen Raum“ gefordert.

Das Potsdam UNESCO-Welterbe-Stadt ist, nimmt in dem von der CDU Potsdam und der Fraktion CDU/ANW in zahlreichen Expertenrunden und Arbeitsgruppen erarbeiteten **Leitbild für die Landeshauptstadt Potsdam** einen hohen Stellenwert ein. Unter dem Motto „Hauptstadt der Hauptstadtregion – Innovativ mit kulturellem Erbe“ stellt es dar, wie sich Potsdam bis 2030 entwickeln soll. In vielen Workshops wurden die Themengebiete „Wirtschaft, Wissenschaft, Innovation“, „Mobilität, Infrastruktur, Stadtentwicklung“, „Kulturelle Bildung, Sport, Miteinander“ und „Ortsteile, Stadtleben, Stadtverwaltung“ untersucht. Die umfangreichen Ergebnisse aus diesen - mit engagierten Bürgern durchgeführten Arbeitstreffen – wurden schriftlich zusammengefasst und bilden nicht nur eine Grundlage der zukünftigen Arbeit der CDU in Potsdam sondern sind auch in den öffentlichen Leitbildprozess der Stadt Potsdam eingeflossen.

Ausblick:

Wir werden in der zweiten Hälfte der Wahlperiode weiterhin den direkten Kontakt zu Ihnen, den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt suchen, Ihnen zuhören und das aufgreifen, was wir gemeinsam mit Ihnen politisch lösen können. Wir beobachten die Entwicklung Potsdams, identifizieren Problemstellungen und suchen Lösungen. Aus heutiger Sicht wollen wir in den kommenden Jahren besonders auf die Schwerpunkte Verkehr, soziale Infrastruktur mit Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen und Sportstätten unsere Aufmerksamkeit richten.

Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093
Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin
Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Fotos: KAS/ ACDP, CDU/ANW-Fraktion (Clemens Viehrig, Norbert Mensch)